

Lagebild Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



Inhalt

Vorwort zum Lagebild.....	1
Lagebild Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern.....	3
»Zum Glück werden die Kinder als Russen wahrgenommen und nicht als Juden.«.....	7
Interview mit Juri Rosov	
Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft.....	10
»Die Stadt spielt eine schwierige Rolle.« Interview mit Karen Larisch.....	11
Antisemitismus und die extreme Rechte.....	13
Rechtspopulismus: Zwischen Israel-Solidarität und Antisemitismus	14
Handlungsempfehlungen.....	15
Zum Weiterlesen	17

Herausgeberin: Amadeu Antonio Stiftung

Mitherausgeberin: Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Redaktion: Stella Hindemith und Heike Radvan

Autor_innen: Stella Hindemith, Benno Plassmann

© Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Besonderer Dank: Juri Rosov, Imam-Jonas Dogesch, Karen Larisch, Jan Riebe,
Janna Petersen, Anetta Kahane

V.i.S.d.P. Timo Reinfrank

Gestaltung:  Design

Litho/Druck: Druckzone, Cottbus

Vorwort zum Lagebild Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern

Mit diesem Lagebild liegt das erste Mal eine Expertise zu der Frage vor, wie Antisemitismus heute im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen wird. Warum dies zuvor noch nicht erforscht und besprochen wurde? Die Ergebnisse zeigen, dass es Folge eines grundsätzlichen Problems ist: Viele Menschen, die nicht von Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden betroffen sind und sich nicht »zuständig« fühlen, übersehen, dass es Antisemitismus gibt. Zudem: Häufig wird ignoriert, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern Jüdinnen und Juden leben und hier ihren Alltag gestalten, auf Dörfern wie in Städten. Dieses Nicht-Wahrnehmen jüdischen Lebens und von Antisemitismus steht oft im Zusammenhang damit, dass Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden geleugnet und verharmlost wird, Menschen sich antisemitisch äußern, entsprechende Verschwörungsideologien teilen, Hetze gegen Israel öffentlich und in den Sozialen Netzwerken teilen oder aber infrage stellen, dass eine konkrete Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Holocaust auch in der Gegenwart notwendig ist. Dass es Antisemitismus heute im Alltag des Bundeslandes gibt, belegt die Statistik des Innenministeriums: So bewegt sich die Anzahl antisemitisch motivierter Straftaten hier seit Jahren auf einem hohen Niveau. Wurden in 2012 18 Straftaten gezählt, betrug deren Anzahl in den beiden Folgejahren jeweils 30, in 2016 steigen sie auf 39 (Landtag Mecklenburg-Vorpommern Drucksache 7/423).

Die konsequente Antwort, die die Autor_innen des Lagebildes hierauf geben, besteht in der Perspektive, die eingenommen wird: So kommen diejenigen Menschen zu Wort, die Judenfeindschaft in ihrem Alltag erleben und daher sehr genau schildern, wie das Phänomen in seinen verschiedenen Facetten ausgeprägt ist. Anders als in vielen Studien entsteht dadurch ein sehr erfahrungsbasiertes Bild: Interviewte erzählen, wie Sie mit der Feindschaft und dem Hass umgehen, wobei deutlich wird, dass neben der Auseinandersetzung mit der erfahrenen Gewalt, Bedrohung und Diskriminierung eine Extra-Anstrengung darin besteht, dass deren Existenz vom Umfeld häufig infrage gestellt und nicht ernst genommen wird. Mangelnde Empathie mit Menschen, die Antisemitismus erfahren und erleben, steht dabei ursächlich auch im Zusammenhang damit, dass nachfolgende Generationen der Täter_innen und Mitläufer_innen, die für die Verbrechen im Holocaust verantwortlich waren, sich mit dieser Familiengeschichte nicht auseinandersetzen, diese verschweigen, umdeuten oder nicht erfragen. Während mit der 68er Bewegung in Westdeutschland eine öffentliche Debatte begann, – die bei allen vorsichtigen Wirkungsannahmen –, dennoch dazu beigetragen hat, dass die Verbrechen der Nationalsozialist_innen öffentlich und in Ansätzen im Privaten besprochen, erforscht und delegitimiert wurden, blieb dieser Prozess in der Region der DDR aus – abgesehen von kleinen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, die lokalhistorisch über Opfer des Nationalsozialismus forschten und konkret an sie erinnerten (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2010). Im Sinne des Antifaschismus wurde die Bevölkerung der DDR pauschal zu Nachkommen von kommunistischen Widerstandskämpfern erklärt, ein Hinterfragen der eigenen Verantwortung und Familiengeschichte konnte so leicht umgangen werden; staatlicherseits war dies im Sinne einer öffentlichen und kritischen Debatte auch gar nicht erwünscht. Bis heute wird oft infrage gestellt, dass es auch in der DDR Antisemitismen gegeben

hat. Die Amadeu Antonio Stiftung hat hierzu in 2006 mit Jugendlichen eine Wanderausstellung erarbeitet, in der konkrete Fallgeschichten recherchiert wurden. Sie erzählen, in welchen verschiedenen Weisen Juden und Jüdinnen in der DDR von Antisemitismus betroffen waren. Die Ausstellung trägt den Titel »Das hat's bei uns nicht gegeben!«. Mehrere Geschichten beziehen sich auf die Region des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns, die Ausstellung war an vielen Orten im Bundesland zu sehen und wurde – durchaus kontrovers – diskutiert. Es ist notwendig, diese begonnene Debatte fortzusetzen: Neben den lokalhistorischen Recherchen braucht es eine Auseinandersetzung damit, wie sich Feindschaft heute gegen Jüdinnen und Juden, insbesondere auch gegen Israel richtet. Beides steht im Zusammenhang: So ist eine dezidierte Wahrnehmung heute nicht ohne eine Thematisierung dessen möglich, wer für die Verbrechen im Holocaust im Fischer- oder Ackerdorf, in den Seebädern oder den Kleinstädten verantwortlich war.

Die Amadeu Antonio Stiftung hat sich aus diesem Grund viele Jahre für den Wiederaufbau der Synagoge in Stavenhagen in Mecklenburg eingesetzt. Zäh verliefen die Debatten, die hier in der Vorbereitung geführt werden mussten, um die Sinnhaftigkeit des Wiederaufbaus für politisch Verantwortliche aber auch weite Teile der einheimischen Bevölkerung zu plausibilisieren. Dies wurde ein wenig leichter, als die Synagoge erfolgreich wiederhergestellt war, ermöglicht durch die Energie und Kenntnis von Dr. Robert Kreibitz, Geschäftsführer des Vereins Land und Leute Röbel in Zusammenarbeit mit der Amadeu Antonio Stiftung, beauftragt durch die Freudenberg Stiftung. Es braucht Orte wie diesen, an denen es eine Sensibilität für das Problem gibt und ein Verantwortungsgefühl, sich solidarisch mit Menschen zu verhalten, die betroffen sind von Antisemitismus. Hierfür will das vorliegende Lagebild sensibilisieren und zum gemeinsamen Handeln motivieren. So braucht es eine genaue Wahrnehmung des Problems, auf Seiten der demokratischen Zivilgesellschaft, der Vereine und Projekte, unter Pädagog_innen aber auch Journalist_innen und Politiker_innen. Und es braucht eine verlässliche solidarische Haltung: Das, was gegen Antisemiten hilft, ist auch das, was gegen die Dominanz von Neonazis, Rechtspopulist_innen und Rassist_innen hilfreich ist – das verlässliche Intervenieren bei antidemokratischen Aussagen und Handlungen generell, letztlich der Schutz der Betroffenen und das Wissen darum, dass dies die Aufgabe von uns allen ist.

Für den Vorstand des Vereins »Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern« und die Amadeu Antonio Stiftung

Prof. *in Dr. Heike Radvan
BTU Cottbus, Fachbereich Soziale Arbeit

Lagebild Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern

Einleitung

Antisemitismus kommt in Mecklenburg-Vorpommern nicht wirklich vor – so scheint es. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass das Problem von vielen Verantwortlichen nicht wahrgenommen, vielmehr beschwiegen wird: In entsprechenden Statistiken und Monitoring-Berichten bleibt das Thema unerwähnt, in der medialen Berichterstattung über das Bundesland kommt Antisemitismus nicht vor, im Landesprogramm »Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!« wird es als eine von mehreren zu bekämpfenden Problemlagen durchaus genannt, ohne aber genauere Handlungswege aufzuzeigen, und in den Berichten der letzten Jahre des Landesamts für Verfassungsschutz wird es als Randnotiz abgehandelt. Im Gespräch mit Betroffenen von Antisemitismus hingegen zeigt sich ein anderes Bild. Hier wird Antisemitismus eher als alltäglich beschrieben. Auch die Anzahl rechtsextremer Straftaten, Demonstrationen oder Mahnwachen der letzten Jahre – in denen sich Judenfeindschaft explizit oder implizit zeigt – weisen in eine andere Richtung. Woher kommen diese Diskrepanzen in der Beschreibung?

Das Tabu Antisemitismus

Dieser Bericht ist der Versuch einer Bestandsaufnahme von Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern. Selbstverständlich gestaltet sich diese schwierig in einem Bundesland, in dem nicht offen über das Problem debattiert wird. Dennoch gibt es diverse Anhaltspunkte; dieser Bericht verdichtet diese zu einer ersten, vorsichtigen Analyse. Dieser Einleitung folgt ein Interview mit Juri Rosov, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Rostock, sowie einzelne, thematische Einführungen zu Antisemitismus und seinen Ausprägungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, im Rechtsextremismus und im Rechtspopulismus, außerdem ein Interview mit Karen Larisch, die aus zivilgesellschaftlicher Perspektive über Antisemitismus und Rechtsextremismus spricht. Am Ende dieses Lageberichts finden Sie Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Antisemitismus.

Im Rahmen der Recherchen haben wir viele Geschichten von alltäglichem Antisemitismus gehört, die in diesem Bericht nicht auftauchen, weil die erzählenden Personen Angst haben, identifiziert zu werden. Wir halten dieses Verhalten für ein Anzeichen eines gravierenden Problems: Jüd_innen und Juden wissen, dass Erzählungen über Antisemitismus unerwünscht sind. Oft wird ihnen entgegnet, sie übertrieben, seien zu empfindlich oder würden missverstehen. In dieser Atmosphäre ist es schwer, etwas über Antisemitismus zu erfahren und erst recht, ihn öffentlich zu thematisieren.

Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung von Antisemitismus und der Wahrnehmung von Betroffenen hängt möglicher Weise damit zusammen, dass Antisemitismus in der öffentlichen Debatte meist auf seine Extremformen – die Ermordung von Jüd_innen und Juden im Holocaust – verkürzt wird. Auch gibt es ein populäres Missverständnis, nach dem eine Aussage nur dann antisemitisch sei, wenn sie auch antisemitisch *gemeint* ist. Oft vollzieht sich die Trennlinie in der Wahrnehmung von Antisemitismus durch Betroffene auf der einen und nicht-Betroffene auf der anderen Seite genau entlang dieses Missverständnisses.

Ein weiterer Faktor, der vermutlich die Tabuisierung von Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern begünstigt, ist die bis in die Gegenwart anhaltende Infragestellung der Existenz von Antisemitismus in der DDR. Mehrere der hier bereits beschriebenen Ausprägungen können in einem Zusammenhang damit gesehen werden, wie in der DDR mit Antisemitismus umgegangen wurde. So durfte es in einem sich als antifaschistisch verstehenden Staat offiziell keine Judenfeindschaft geben. Dementsprechend wurden Erscheinungsformen – wie öffentlich unübersehbare Friedhofsschändungen, rechtsextreme Gewalttaten – einerseits zwar strafrechtlich verfolgt. Andererseits gab es aber in den verschiedenen Jahrzehnten des Bestehens der DDR unterschiedliche Erscheinungsformen von Judenfeindschaft, die nicht als solche benannt und geahndet wurden und über deren Existenz bis heute öffentlich kaum Kenntnis besteht und debattiert wurde. Zusammenfassend genannt werden sollen an dieser Stelle: 1. Eine staatlich vorbereitete und durchgeführte Verfolgungswelle, in deren Folge Anfang 1953 ca. 400 Jüd_innen und Juden aus der DDR flohen. 2. Antisemitisch strukturierte Propaganda gegen Israel. 3. Eine ideologisch überformte Erinnerungskultur, bei der die Erinnerung an den kommunistischen Widerstand einseitig und abstrakt im Vordergrund stand, die konkreten Verfolgungsgeschichten im Holocaust jedoch überformt, verfälscht oder vergessen wurden. 4. Schändungen jüdischer Friedhöfe. 5. Eine instrumentelle und außenpolitisch/ökonomisch motivierte Hinwendung zu »jüdischen Themen« in den späten 1980er Jahren, die von antijüdischen Stereotypen in Teilen der Staats- und Parteiführung geleitet war.

Um eine sensibilisierte Wahrnehmung heutigen Antisemitismus zu ermöglichen, ist es unabdingbar, über diese historischen Erscheinungsformen öffentlich zu reden. Anders gesagt: Das Beschweigen und Übersehen aktuellen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern steht ursächlich in einem Zusammenhang mit der Art und Weise des Antisemitismus in der DDR bzw. der mangelnden oder ganz ausgebliebenen Auseinandersetzung hiermit. Das betrifft neben den Erscheinungsformen in der DDR eben auch das konkrete Erinnern an die Verfolgung von Jüd_innen und Juden im NS bzw. das Recherchieren von biografischen Geschichten und Initiieren einer entsprechenden Erinnerungskultur.

Die Erfassung antisemitischer Einstellungen – eine Annäherung

Beim Blick auf die Ergebnisse der Einstellungsforschung entsteht bspw. der Eindruck, dass Antisemitismus ein zu vernachlässigendes Problem in Deutschland darstellt. Die renommierte »Mitte«-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt 2016 zum Ergebnis, dass lediglich 6% der Deutschen antisemitisch sind, 2004 waren es noch 10%. Schaut man sich die Ergebnisse jedoch detaillierter an, so zeichnet sich ein anderes Bild. So stimmten in der »Gespaltene Mitte- Feindselige Zustände«-Studie 40% der Deutschen der Aussage zu »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«. Dementsprechend ist zu vermuten, dass Antisemitismus sich besonders deutlich zeigt, wenn es um israelische Politik geht bzw. wenn sich die politische und militärische Auseinandersetzung im Nahen Osten zuspitzt (vgl. hierzu auch das Interview mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Rostock in diesem Lagebericht). Diese These wird auch durch Ergebnisse einer Zusatzerhebung 2014 in der Befragung »Fragile Mitte – Feindselige Zustände« ablesbar. Diese zeigte, dass die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen im Laufe des Gaza-Krieges 2014 rasant angestiegen war im Vergleich mit der Befragung vor dem Gaza-Krieg.

Ein Umfrage der Bertelsmann Stiftung zeigt weitere Facetten des Antisemitismus in Deutschland auf. Mit 77% der Befragten stimmt eine große Mehrheit der Deutschen der Aussage zu, »man sollte die Geschichte ruhen lassen und sich gegenwärtigen oder zukünftigen Problemen widmen.« Die Zustimmung zu dieser Aussage in Bezug auf die Judenverfolgung ist sogar noch etwas höher: Insgesamt 81% der deutschen Befragten möchten in dieser Hinsicht die Geschichte des Holocausts hinter sich lassen. Die Zahl derjenigen, die einen kompletten Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit ziehen wollen, ist seit 1991 (60%) nahezu gleich geblieben (2013 – 55%). Hingegen ist die Zahl derjenigen, die einen Schlussstrich konsequent ablehnen von 20% (1991) in den letzten Jahren stark angestiegen (2013: 40%). Es ist also notwendig, ein differenziertes Bild über den Antisemitismus in Deutschland und die Auseinandersetzung darum zu zeichnen.

Was verstehen wir als Antisemitismus?

In diesem Lagebild verstehen wir Antisemitismus zu allererst in seiner semantischen Entstehungsweise. Dies hat insofern Vorteile, als sich sprachlich sehr leicht nachvollziehen lässt, wann eine Aussage judenfeindlich ist – und wann nicht. Antisemitismus basiert auf der Konstruktion und Unterscheidung einer jüdischen Fremdgruppe »die Juden« und einer »Wir-Gruppe«, die häufig national, als deutsch definiert wird. Antisemitismus dient Personen, die sich judenfeindlich äußern dazu, sich selbst aufzuwerten gegenüber »den Juden«, die abgewertet werden.

Antisemitismus hatte geschichtlich viele Funktionen für die jeweilige Wir-Gruppe. Grundsätzlich zeigt sich hierbei, dass das Phänomen nichts mit der Existenz oder dem Handeln von Jüd_innen und Juden zu tun hat. Vielmehr ist er, wie Adorno sagt, das »Gerücht über die Juden«.

Wir verstehen unter modernem Antisemitismus eine Feindschaft gegen Jüd_innen und Juden, die primär »die Juden« als Antriebskraft für empfundene soziale, ökonomische und kulturelle Missstände der kapitalistischen Moderne verantwortlich machen. Dies mündet häufig, wenn auch nicht immer, in antisemitischen (Welt-)Verschwörungsvorstellungen, die Jüd_innen und Juden eine geheimnisvolle, nicht fassbare Macht zuschreiben. Somit ist Antisemitismus oftmals ein umfassendes Welterklärungsmodell. Als antisemitisch sind jedoch auch einzelne, pauschale negative Zuschreibungen gegen »die Juden« zu verstehen, die nicht immer in einer antisemitischen Welterklärung münden. Wenn solche antisemitischen Zuschreibungen nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen Israel als jüdischen Staat gemünzt sind, stellen sie eine der zeitgenössischen Formen des Antisemitismus dar: Israelbezogener Antisemitismus. Dieser äußert sich häufig in der mehr oder weniger expliziten In-Frage-Stellung des Existenzrechts Israels. Die »EUMC-Arbeitsdefinition Antisemitismus« stellt eine wichtige Hilfestellung bei der Einordnung von Antisemitismus dar:

Aktueller Antisemitismus kommt häufig als sog. »Israelkritik« daher, von der behauptet wird, dass sie nicht antisemitisch sei. Auch hier lässt sich semantisch sehr nachvollziehbar definieren, wann wir von antisemitischer Israelfeindschaft begründet sprechen können. So lässt sich auch hier die eingangs beschriebene Gruppenkonstruktion finden, unterschieden wird zwischen »den Juden/Israelis« und einer »Wir-Gruppe«. Zudem lassen sich Merkmale benennen, die israelfeindliche »Argumentationen« kennzeichnen: 1. Bei der *Dämonisierung* Israels geht es um seine Darstellung als Inbegriff des Bösen. Beispiele hierfür sind Vergleiche mit dem Nationalsozialismus. 2. *Doppelstandards* können daran erkannt werden, dass sie einseitig und ausschließlich auf Israel angewendet werden, nicht aber gegenüber anderen Staaten. 3. Bei der *Delegitimierung*

geht es um die Leugnung von Israels Existenzrecht, bspw. wird Israel häufig als letzter »Kolonialstaat« dargestellt.

Häufig tritt aktueller Antisemitismus auch als sogenannter »sekundärer Antisemitismus« auf, mit dem die Erinnerung an die Opfer der Verbrechen des Holocaust verweigert oder verharmlost wird. Im Kontext der DDR-Geschichte (s.o.) ist hier zu berücksichtigen, dass wir für die Regionen der Neuen Bundesländer davon ausgehen können, dass eine konkrete Erinnerung an die verschiedenen Opfergruppen der Verbrechen der Nationalsozialist_innen bislang – mit wenigen Ausnahmen – nicht stattgefunden hat. Auch die Komplexität von Geschichte, wie sie sich in vielen Biografien spiegelt, ist bislang erinnerungskulturell wenig reflektiert. Dies ist u.a. auf die ausgebliebene »Grabe wo Du stehst«- oder »Geschichtswerkstatt«-Bewegung zurückzuführen, die in der ehemaligen Bundesrepublik zumindest in Ansätzen eine regionalgeschichtliche Aufarbeitung und Debattenkultur um konkrete Opfer, Täterschaft und Verantwortung initiiert hat. Zudem steht die ideologisch überformte Erinnerungskultur in der DDR damit im Zusammenhang, dass eine konkrete Recherche von Biografien ausgeblieben ist und eine abstrakte, formalisierte, wenn auch antifaschistisch begründete Erinnerung im Vordergrund steht. Dies jedoch ist partiell anschlussfähig an erinnerungsverweigernde Propaganda der extremen Rechten, als auch an instrumentalisierende Verschwörungsideologien, mit denen »deutsche Opfer« in das Zentrum der Beachtung gerückt werden.

Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern – eine Zusammenfassung

Das inhaltliche Spektrum von Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern ist sehr weit und umfasst alle oben abstrakt beschriebenen Merkmale, besonders geläufig sind jedoch sekundärer Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus. Öffentlich zu beobachten ist sekundärer Antisemitismus bspw. jährlich in Demmin, wenn Nazis am 8. Mai »deutsche Opfer« ins Zentrum des Erinnerns stellen. Nicht nur die mindestens verhaltene Reaktion weiter Teile der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch das Verhalten einzelner Angehöriger der Landesregierung, die das Problem mindestens ebenso stark auf der Seite der demokratischen Gegenproteste wie auf der Seite der Nazis zu sehen scheinen, machen deutlich, wie anschlussfähig Nazis hier an Diskurse der Mehrheitsgesellschaft sind. In das Spektrum sekundären Antisemitismus gehört auch die fehlende (lokale) Erinnerungskultur an jüdische Opfer des Nationalsozialismus bei gleichzeitiger Beteuerung, wie intensiv die erinnerungskulturelle Auseinandersetzung mit dem Holocaust sei.

Israelbezogener Antisemitismus äußert sich besonders häufig im Alltag. Ob in den Medien oder auf der Straße, die oben abstrakt beschriebenen Merkmale zur Erkennung von israelbezogenem Antisemitismus (Dämonisierung, Doppelstandards, Delegitimierung) werden im Alltag nur allzu greifbar – z.B. gibt es im öffentlichen Raum immer wieder Schmierereien, in denen Israel mit dem nationalsozialistischen Regime verglichen wird. Besonders relevant ist diese Form des Antisemitismus, weil mit ihr oft einhergeht, dass Jüd_innen und Juden für israelische Politik verantwortlich gemacht werden. So schildert der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Rostock, dass er auf keinem Podium sitzen kann, ohne auf israelische Politik angesprochen zu werden.

Antisemitismus kommuniziert sich im Alltag an unterschiedlichen Stellen, vor allem über Sprüche, Schmierereien und Demonstrationen, aber auch über tätliche Angriffe auf Menschen. Auch werden Immobilien oder Objekte regelmäßig Ziel von Angriffen. Zu nennen sind hier insbeson-

dere die Schändung jüdischer Friedhöfe, Angriffe auf das Gebäude der jüdischen Gemeinden und die Schändung von Stolpersteinen. Solche Angriffe häufen sich an Gedenktagen sowie in Zeiten, in denen der Nahost-Konflikt sich zuspitzt. Für Jüd_innen und Juden gehört Antisemitismus zum Alltag. So werden sie bspw. zusammenhangslos und in Erwartung einer Rechtfertigung nach ihrer Meinung zu Israel gefragt, ebenso zusammenhangslos wird ihnen erklärt, wie man zur Aufarbeitung des Holocaust stehe oder dass in der eigenen Familie keine Nazis seien. Jüd_innen und Juden werden einerseits oft darauf reduziert, jüdisch zu sein, gleichzeitig wird übersehen, wo ggf. tatsächliche Unterschiede liegen im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft. Diese werden teilweise auch nach entsprechenden Hinweisen durch die Betroffenen ignoriert; es gibt ein Unbehagen gegenüber allem, was auf reale jüdische Kultur oder Religion verweist. Auch Exotisierungen gehören zum Alltag von Betroffenen, denen nicht selten erklärt wird, sie seien der_die erste Jude/Jüdin, die man träfe. Bei der Erfahrung von Mobbing/Ausgrenzung am Arbeitsplatz oder in der Schule stehen Betroffene in der Regel alleine da. Krankheit, Arbeitsplatzwechsel oder Umzüge können die Folge sein. Vor allem machen Jüd_innen und Juden die Erfahrung, dass nur Rückzug verlässlichen Schutz bietet. Manche Jüd_innen und Juden sprechen von »Outing«, wenn sie davon sprechen, sich als jüdisch zu erkennen zu geben. Da in der Mehrheitsgesellschaft stets von der Abwesenheit von Jüd_innen und Juden ausgegangen wird, erleben Betroffene oftmals einen Zwiespalt, wenn es um die Frage geht, ob sie sich »outen« sollen. Die Möglichkeit, sich nicht zu erkennen zu geben, bietet einerseits Schutz vor Gewalt und Diskriminierung; andererseits kann sie für Betroffene Selbstverleugnung bedeuten sowie die Erfahrung, in antisemitische Kommunikation egebunden zu werden ohne Möglichkeit der Distanzierung.

»Zum Glück werden die Kinder als Russen wahrgenommen und nicht als Juden.«

Interview mit Juri Rosov, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Rostock

Lola: Wie äußert sich Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern?

Rosov: Oft werden Mitglieder unserer Gemeinde als Russen wahrgenommen, nicht als Juden. Das schützt. Angriffe auf das Gemeindegebäude gab es immer wieder, z.B. wurden 2009 Fenster eingeschlagen. Das passiert vor allem dann, wenn der israelisch-palästinensische Konflikt hochkocht. Während des Libanonkriegs 2006 wurden rote Farbbeutel ans Haus geworfen, es sah aus wie Blut. Wir bekamen auch Postkarten: »Machen Sie die Palästinenser frei!« Das war ja eigentlich fast lustig. Ich erzähle die Geschichte auch, wenn Leute zu Führungen zu uns kommen. »Wissen Sie«, sage ich dann, »ich habe doch keine Palästinenser im Keller hier.« Ich denke, es ist gut, wenn Leute darüber lachen, vielleicht denken sie dann darüber nach.

Wir müssen im Alltag oft erläutern, dass wir weder als Gemeinde noch als Einzelpersonen den Staat Israel vertreten. Oft erleben wir bei unterschiedlichen Organisationen die Gleichsetzung Israels mit den Nazis, die sprechen sogar vom »Holocaust« an den Palästinensern. Gleichzeitig ist es alltäglich, dass Leute fragen: »Warum darf ich Israel nicht kritisieren?« Diese Fragen kommen

z.B. aus dem Publikum, wenn ich mich an einem Podium beteilige – übrigens auch dann, wenn es eigentlich um völlig andere Dinge geht. Ich erinnere mich an eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung, bei der der Journalist Ulrich Sahn israelische Perspektiven erläutert hat. Das hat sehr, sehr heftige Reaktionen nach sich gezogen. Eine Frau hielt sich die Ohren zu und rief völlig hysterisch: »Ich kann mir das nicht anhören« – die Stimmung war unglaublich.

Lola: Gibt es neben israelbezogenem Antisemitismus im Alltag noch weitere Erscheinungsformen?

Rosov: Sehr viele antisemitische Nachrichten haben wir während der Monate der Beschneidungsdebatte bekommen. Es waren wirklich viele Nachrichten. Ich war erschüttert über die Stärke der Beschuldigungen. Der Tenor der Nachrichten war: »Ihr könnt gehen, wir brauchen Euch hier nicht, wenn diese barbarische Praxis Euch so wichtig ist.« Die Polizei hat uns damals erklärt, dass man nichts machen kann, auch weil die Absender Adressen eigens für diesen Zweck kreiert hatten. Es ist schwer zu glauben, dass so viele Menschen extra eine E-mail Adresse anlegen, um uns zu beschimpfen. Wir haben die Kommentarfunktion auf unserer Website abgestellt. Seitdem erhalten wir solche Nachrichten nicht mehr.

Es ist schwer, alltäglichen Antisemitismus aus Sicht unserer Gemeindemitglieder zu beschreiben, die Leute kommen ja aus Russland. In vielen Fällen haben sie so schlimme Sachen erlebt, dass sie Antisemitismus hier gar nicht wahrnehmen. Es gibt ihn aber, Antisemitismus im Alltag. »Jude« ist doch ein Schimpfwort auf dem Schulhof. Zum Glück werden die Kinder eher als Russen wahrgenommen, als als Juden.

Lola: Antisemitismus wird in den vergangenen Jahren zunehmend der Einwanderungsgesellschaft zugeschrieben. Stimmt die Rede von den antisemitischen Geflüchteten im Alltag der Gemeinde?

Rosov: Seit 2015 mehr Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, gab es in der Gemeinde eine große Sorge wegen muslimischem Antisemitismus, das liegt auch an den russischen Medien, die machen Propaganda damit. Die Leute glauben ihnen das, teilweise sind es die einzigen Medien, die sie kennen und sind die einzigen Nachrichten, die sie über Deutschland hören. Ich will das Problem mit muslimischem Antisemitismus nicht herunterspielen, ich weiß, dass das existiert. Trotzdem muss ich sagen, wir haben damit hier als Gemeinde bisher keine Erfahrungen gemacht. Im Gegenteil – wir hatten hier in der Gemeinde immer wieder Besuche von Syrern, die kommen zu unseren Veranstaltungen.

Ich bin aber auch Vorsitzender des Migrantensrats der Stadt Rostock und habe persönlich erfahren, dass mich Flüchtlinge meiden. Ich stelle mich meistens zuerst als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde vor, und danach als jemand, der auch als Flüchtling nach Deutschland gekommen ist. Ich habe gesagt: Ich verstehe Eure Situation, ihr könnt immer zu mir kommen, mit allem. Es kam niemand.

Außerdem gibt es selbstverständlich auch jüdische Geflüchtete. Letztes Jahr ist ein jüdisches Ehepaar abgeschoben worden in die Ukraine. Das waren Rentner. Ich habe versucht, Einfluss zu nehmen. Es war schrecklich, auch die Umstände. Es war nachts, die Leute waren nackt, sie mussten sich vor diesen deutschen Polizisten anziehen, dann sind sie weggebracht worden. Natürlich gibt es unter den Geflüchteten aus der Ukraine auch Jüdinnen und Juden. Die können als

jüdische Einwanderer theoretisch nach Deutschland kommen. Aber dieser Prozess dauert sehr lange. Viele versuchen den Prozess zu beschleunigen und kommen als Flüchtlinge nach Deutschland, ohne anzugeben, dass die jüdisch sind. Wenn sie hier sind, merken sie in der Regel, dass sie keine Chance haben.

Lola: Wie steht es um Sorgen um Angriffe auf das Gemeindehaus oder andere jüdische Einrichtungen?

Rosov: Wir sind ein offenes Haus für alle. Es können auch alle zu unseren Veranstaltungen kommen. Einige Mitglieder sagen, das ist ein Spiel mit dem Feuer. Darüber machen wir uns immer wieder Gedanken. Aber schlussendlich finden wir es richtig so.

Was aber wirklich oft passiert, sind Schändungen jüdischer Friedhöfe. Vielleicht sind die Nazis zu feige, was gegen Menschen zu machen. Aber diese kleinen Pogrome gegen die Friedhöfe, das trauen sie sich. Am schlimmsten war es in Kröpelin. Die hatten einen sehr engagierten Bürgermeister, der sich u.a. dafür eingesetzt hat, dass der lokale jüdische Friedhof saniert wird und ausgerechnet in dieser Kleinstadt zwischen Rostock und Wismar deutsch-israelische Kulturtage stattfinden. Der Friedhof wurde feierlich eingeweiht, wir sind auch mit einem Minjan hingefahren. Es war sehr schön. Einen Monat später war der Friedhof zerstört, alle Gräber. Absurd ist der historische Vorläufer: Es gab während des NS auch eine Schändung des Friedhofs, aber der Mann kam ins Gefängnis. Die Nazis, die den Friedhof jetzt geschändet haben, wurden nicht gefunden. Der Bürgermeister hat wieder das Geld gesammelt, der Friedhof wurde wieder saniert. Und wieder zerstört. Insgesamt vier Mal. Inzwischen ist der Mann nicht mehr Bürgermeister, aber immer noch sehr engagiert. Sein Engagement ist aber nicht allen Leuten in Kröpelin recht.

Lola: Gibt es – was Antisemitismus betrifft – einen Unterschied zwischen Stadt und Land?

Rosov: Jüdische Gemeinden gibt es in Rostock, Schwerin und Wismar. Wismar ist eine kleine Gemeinde mit etwa 100 Mitgliedern, sie gehört zu Schwerin. Die Ansiedlung der Zuwanderer war konzentriert auf die Städte. Wer nicht in Rostock bleiben wollte, ist irgendwann in den Westen gegangen. Wir haben in der Gemeinde einige wenige Mitglieder, die in anderen Kleinstädten in Mecklenburg-Vorpommern wohnen. Es gibt Berührungängste mit dem ländlichen Raum. Was Mecklenburg angeht, so ist es besser in der Stadt zu wohnen, als auf dem Dorf. Auch wegen der Nazis. Auch in Rostock gibt es Stadtteile, in denen viele Nazis leben. Viele Gemeindemitglieder wohnen genau in diesen Stadtteilen. Sie sprechen nicht darüber. Sie leben in Parallelwelten. Die meisten werden ja eben nicht als Juden identifiziert. Es gibt hier einen jungen Mann, der trug früher Kippa. Der wurde oft auf offener Straße angegriffen und geschubst. Irgendwann hat er sein Aussehen geändert. Für Rostock ist das sehr ungewöhnlich, dass sich jemand im öffentlichen Raum als Jude zu erkennen gibt.

Es gibt in der Gemeinde interne Diskussionen darüber, ob z.B. die Angriffe auf Friedhöfe öffentlich gemacht werden sollten oder nicht. Manche sagen, diesen Gefallen sollten wir den Nazis nicht tun. Denn Aufmerksamkeit ist genau das, was sie wollen.

Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft

Die Abwehr der Wahrnehmung von Antisemitismus in der sog. Mitte der Gesellschaft entsteht u.a. durch eine verengte Definition von Antisemitismus auf seine Extremformen zur Zeit des Nationalsozialismus; zeitgenössische Formen werden weitgehend ausgeblendet. Dies wird – wie in der Einleitung dieses Berichts dargelegt – deutlich an Befunden aus der Einstellungsforschung. Die Forschungsgruppe um Zick, Küpper und Krause kommen in ihrer Studie »Gespaltene Mitte-Feindselige Zustände« aus dem Jahr 2016 zu dem Schluss, dass nur ca. 6% der Befragten klassischen antisemitischen Aussagen zustimmen. Bei Fragen zu zeitgenössischen Erscheinungsformen, wie israelbezogenem Antisemitismus, stiegen die Zustimmungswerte jedoch enorm an. Ungefähr 40% der Befragten stimmten zum Beispiel der Aussage zu »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«. Moderne Formen des Antisemitismus äußern sich häufig indirekt und über Umwege.

Eine solche antisemitische Umwegkommunikation findet z.B. statt, wenn Jüd_innen und Juden unterstellt wird, die (Erinnerung an die) Shoah heutzutage für ihre Zwecke auszunutzen. Vor allem geschehe dies dadurch, so wird unterstellt, dass Antisemitismus-Vorwürfe als Instrument dafür dienen, nicht genehme Meinungen mundtot zu machen. (Vgl. hierzu auch die Einleitung des Lagebilds.)

Geradezu ein Paradebeispiel für diese Form des Antisemitismus sind Äußerungen des ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Norbert Nieszery, der Günter Grass kurz nach Veröffentlichung seines antisemitischen Gedichts »Was gesagt werden muss« im Jahr 2012 als Festredner für die jährliche Verleihung des Preis der SPD Fraktion für demokratisches Engagement einladen wollte. Als dies auf Kritik stieß, wurde Grass schlussendlich zwar nicht eingeladen, doch geschah dies offensichtlich, ohne sich kritisch mit Grass' Positionen befasst zu haben.

Nieszery veröffentlichte eine Pressemitteilung, die alle üblichen antisemitischen Schablonen bediente. Zum einen sprach er davon, dass »reflexartig« jede_r des Antisemitismus bezeichnen würde, der Israel kritisieren. Dieser Reflex wiederum käme vom "deutschen Schuldskult", ein Begriff, der rechtsextremem Vokabular entlehnt ist. Grass sei eigentlich ein Freund Israels, aber: »Wer, wenn nicht ein großer Dichter unserer Zeit, soll denn sonst mahrend gegen den Zeitgeist aufbegehren?« Überhaupt stehe Grass' Gedicht »in einer humanistischen Tradition«. "Ich verstehe nicht, warum es heute immer noch nicht möglich ist, Kritik an Israel zu üben, ohne dafür mit der Antisemitismuskeule verdroschen zu werden und ein entsetztes Aufheulen der vermeintlichen Gutmenschen zu provozieren."

Eine weitere, sehr alltägliche Form des Antisemitismus in der sog. Mitte der Gesellschaft sind klassische Formen der Verdrängung bzw. Schwierigkeiten in der Abgrenzung von antisemitischen Inhalten oder von Personen, die solche implizit oder explizit vertreten. Dies kann sich in Mecklenburg-Vorpommern z.B. darauf beziehen, wie Vereine, Einkaufsgenossenschaften oder Tauschringe im Bereich der Öko-Landwirtschaft mit Personen umgehen, die den im Bundesland starken völkischen oder rechtsextremen Bewegungen (inkl. der sog. »Reichsbürger_innen«) zu-

zurechnen sind. Auch gibt es eine Reihe von Beispielen aus dem Bereich des Vereinslebens in Sport, Kultur oder Feuerwehr für einen Mangel an Wahrnehmung von rechtsextremem bzw. antisemitischem Gedankengut und daraus folgendem Mangel an Abgrenzung gegenüber Personen bzw. historischen oder aktuellen Strömungen die dieses vertreten. Als schlagendes Beispiel hierfür mag die vom Pommerschen Landesmuseum Greifswald im Jahr 2012 durchgeführte Hommage an den Stettiner Nazi-Filmstar Heinrich George dienen. Verschiedene, für den NS-Staat zentrale Propagandafilme aus den Jahren 1938-1945 wurden in den Räumen des staatlich finanzierten und u.a. gemeinsam mit der Pommerschen Landsmannschaft gelenkten Museums öffentlich gezeigt, darunter der Film »Jud Süß«. Nach Angaben von Personen aus dem damaligen Publikum geschah dies sogar ohne Zugangsbeschränkung (Hausrecht) für Angehörige der rechtsextremen Szene.

Auch in der langjährigen, schwierigen und noch immer nicht abgeschlossenen Diskussion um die Verwendung des Namens Ernst Moritz Arndt im Titel der Universität Greifswald geht es um Antisemitismus. Arndt war – entsprechend dem Zeitgeist im 19. Jahrhundert – glühender Nationalist, Franzosenhasser und Judenfeind. Im Jahr 2009 hatte es eine Unterschriftensammlung gegeben, um die Namensänderung zu erreichen, die der Senat der Universität 2010 zunächst aber ablehnte. Erst nach weiteren Auseinandersetzungen und öffentlichen Demonstrationen stimmte eine Mehrheit des Senats für die Namensänderung. Bis heute wird immer wieder argumentiert, die Idee der Namensänderung verleugne wichtige, lokalhistorische Wurzeln und sei Anzeichen eines gestörten Verhältnisses zur deutschen Geschichte. Wegen formaljuristischen Problemen bei der Entscheidung hat die Wissenschaftsministerin zwar die sofortige Umsetzung des Beschlusses verweigert, die Universität will diese jedoch möglichst bald beheben.

»Die Stadt spielt eine schwierige Rolle.«

Interview mit Karen Larisch

Lola für Demokratie: Wie äußert sich Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern?

Larisch: Das fängt im Kleinen, im Alltag an. Vieles Gesagte wird in dieser Gesellschaft nicht darauf reflektiert, wie es für Jüdinnen und Juden klingt bzw. was es für sie bedeutet. Daraus ergeben sich viele Verletzungen im Alltag. Aus meiner Sicht hat sich die Situation mit Antisemitismus in den vergangenen Jahren verschlimmert – parallel zur ansteigenden Hetze gegen Geflüchtete und dem immer größeren Mangel an Widerspruch dagegen. Kürzlich wurde es bei einer Nazidemo auf einem Banner so ausgedrückt: »Asylchaos ist der wahre Holocaust«. Dazu kommt die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die Beschwörung des vermeintlichen »Schuldkults« in Deutschland. In Güstrow, wo ich lebe, sieht man regelmäßig auch antisemitische Schmierereien im öffentlichen Raum, durchgestrichene Davidsterne oder »Fuck Israel«-Grafittis. Für die Nazi Kameradschaft war und ist Antisemitismus wichtig, die haben z.B. unsere Gedenkveranstaltungen schon immer gestört. Antisemitismus wird sehr offen ausgetragen: Schmierereien am ehemaligen Gemeindehaus, Sprengungen von Briefkästen an symbolträchtigen Daten, die Nazi Mahnwache am 27. Januar, die von Nazis bei einer Demo mit 300 Leuten mitgeführ-

ten »Stolpersteine« zur Erinnerung an Deutsche – all diese Dinge lösen keine Debatte aus. Am 9. November 2016 wurde erlaubt, dass die Nazi-Demo am jüdischen Friedhof vorbei zieht. Sie kriegen die Auflage, dass sie schweigend entlanggehen müssen. Das tun sie aber nicht, sondern verstoßen gegen die Auflage und skandieren laut »Antisemiten kann man nicht verbieten«. Alles unter den Augen der Polizei. Wenn man sie darauf anspricht, sagen sie, »Frau Larisch, lassen Sie uns doch den Ball flach halten. Wenn wir was machen, dann bringt das doch eh nur Stress.«

Lola: Welche Rolle spielt die Stadt/die Verwaltung für diese Auseinandersetzungen?

Larisch: Die Stadt spielt hier eine schwierige Rolle, wenn sie am 27. Januar eine Mahnwache gegen den angeblichen »Schuldskult« zulässt. Zu den Gedenktagen am 9. November oder 27. Januar ist der Bürgermeister noch nie gekommen. Es hat auch schon Leserbriefe in der Zeitung gegeben, aber nichts zu machen. Es gibt einen – aus meiner Sicht für Mecklenburg-Vorpommern typischen – Rückzug. Die Nazis verfolgen eine Angriffs- und Einschüchterungsstrategie gegen zwei, drei Personen – wie mich – und das reicht dann, dass andere sich zurückziehen, um nicht auch ins Visier zu geraten. Neulich hat mich ein Bürger, der zu Beginn der Kreistagssitzung eine Frage gestellt hat, auf dem Weg durch den Saal zum Mikro hörbar als »Kommunistische Judensau« beschimpft. Die Kreistagspräsidentin sagt dann zwar, »So nicht, nicht hier!«, aber die Kolleg_innen schauen weg, sagen nichts. Es passiert gar nichts deswegen. Antisemitismus wird tabuisiert, er existiert angeblich nicht oder soll nicht existieren.

Lola: Gibt es in Mecklenburg-Vorpommern denn jüdisches Leben außerhalb Schwerins und Rostocks?

Larisch: Insgesamt beobachte ich, dass es wieder mehr Jüd_innen und Juden auch jenseits von Schwerin und Rostock gibt. Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern Jüd_innen aus der Ukraine im Asylverfahren. Man bekommt das nur zufällig mit, z.B. im direkten Kontakt, denn sie geben normalerweise bei den Verfahren nicht an, dass sie jüdisch sind. Dafür haben sie in der Sowjetunion bzw. der Ukraine zu viele schlechte Erfahrungen gemacht. Außerdem sehen sie ja die Nazi-Schmierereien und verstehen dann sofort, was los ist. In Güstrow gab es einen Angriff mit Schweinekopf gegen das Asylbewerberheim, das war natürlich nicht nur eine anti-muslimische Attacke, sondern eben auch eine antisemitische. Der öffentliche Raum wird durch solche Aktionen markiert.

Karen Larisch ist Sozialarbeiterin, Leiterin der Villa Kunterbündnis Güstrow, Mitglied der Stadtvertretung Güstrow, des Kreistags vom Landkreis Rostock und Aktivistin. Seit 2016 ist sie Abgeordnete des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern und dort Sprecherin für Migration, Demokratie, Toleranz und Petitionen der Fraktion DIE LINKE.

Antisemitismus und die extreme Rechte

Beim Rechtsextremismus handelt es sich um Vorstellungen, die von einer Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen. Verschiedenen Gruppen wird weniger Wert zugesprochen als einer Gruppe, die als »deutsch« und höherwertig definiert wird. Zu den verschiedenen Kategorien, die in der als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschriebenen Ideologie eine Rolle spielen, gehört auch Antisemitismus. Antisemitismus ist Kernideologie im Rechtsextremismus. Es sind konkrete Menschen, die von Nazis als Feind_innen definiert und bedroht werden. Nazis richten ihre Gewalt auch gegen Orte, die symbolisch oder vermeintlich für das Judentum stehen und/oder markieren den öffentlichen Raum durch antisemitische Graffitis, wodurch Angstzonen für Jüd_innen und Juden hergestellt werden.

Auch wenn Propaganda und Gewalt der extremen Rechten sich zur Zeit primär gegen (vermeintliche) Muslim_innen richten, so ist ein damit einhergehender Anstieg antisemitischer Hetze feststellbar. So fand die erste größere, rechtsextreme Demonstration gegen Geflüchtete in Mecklenburg-Vorpommern am 9.11.2012 in Wolgast statt. Ein »Fackelmarsch« sollte an diesem Tag im Dunkeln an der Geflüchtetenunterkunft vorbei ziehen. Dieses Szenario wurde behördlich untersagt. Die Botschaft der Rechtsextremist_innen war dennoch unmissverständlich: Fackeln und gewähltes Datum (Jahrestag der Reichspogromnacht) legten die Interpretation nahe, die Nazis drohten den Geflüchteten kollektiv mit Gewalt bzw. dem Tod. Die Anspielung auf die Reichspogromnacht bedeutete zudem eine positive Bezugnahme auf sie.

Auch an anderen, erinnerungskulturell bedeutenden Jahrestagen veranstaltet die rechtsextreme Szene immer wieder Demonstrationen oder Mahnwachen, so bspw. geschehen am 9.11.2013 in Friedland, wie in vielen Vorjahren auch wieder am 27.1.2016 und 9.11.2016 in Güstrow oder jährlich am 8. Mai in Demmin. Die antisemitische Dimension dieser Demonstrationen oder Mahnwachen wird nicht oder nur selten benannt. Es handelt sich hierbei immer um den Versuch einer geschichtsrevisionistischen Umdeutung dieser Daten. Der von der AfD geforderte Wandel der deutschen Erinnerungskultur schließt übrigens genau hier an und ist ebenso als antisemitisch einzustufen.

Die anhaltenden Schändungen jüdischer Friedhöfe der letzten Jahre in Anklam (2012), Krakow am See (2013), und vor allem in Kröpelin (2011, 2012, 2013, 2016) sind beredtes Zeichen für einen anhaltend starken Antisemitismus. Nach Auskunft lokal engagierter, demokratischer Aktivist_innen nehmen zudem antisemitische Schmierereien im öffentlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern zu. Dies bezieht sich auch weiterhin auf Stolpersteine. Nach Zeitungsberichten und Angaben des Verfassungsschutzes gab es 2012 eine große Anzahl von Diebstählen der in Bürgersteige einbetonierten Erinnerungszeichen in Wismar, Sassnitz auf Rügen, Greifswald und Anklam. Inzwischen gibt es Berichte von der antisemitischen Umdeutung dieser erinnerungskulturellen Zeichen: Auf Demonstrationen und bei Mahnwachen wurden 2016 »Stolpersteine für Deutsche« mitgeführt. Diese antisemitische Täter-Opfer-Umkehr, durch die Deutsche zum Opfer stilisiert werden sollen, bereitet die offene Relativierung bzw. Leugnung der Shoah vor, wie im Winter 2016 auf einer rechtsextremen Demonstration im Landkreis Rostock: »Asylchaos = wahre Holocaust«.

Rechtspopulismus: Zwischen Israel-Solidarität und Antisemitismus

Während die neonazistische Szene in Mecklenburg-Vorpommern (einschließlich der Bewegung »MV gegen die Islamisierung des Abendlandes« MVGida) eindeutig antisemitisch ist, gibt es bei der rechtspopulistischen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) scheinbar beides: sowohl pro-israelische Strömungen, als auch eindeutig antisemitische. Für pro-israelische Haltungen sind zwei Überlegungen bestimmend: 1.) Israel wird als Bollwerk gegen den Islam angesehen. 2.) Israel-Solidarität soll den Vorwurf des Antisemitismus abwehren, vor allem, um nicht als rechtsextrem gebrandmarkt zu werden. Die Thematisierung von Antisemitismus dient also taktischen Überlegungen und ist auf das Engste mit den rassistischen Grundannahmen des Rechtspopulismus verknüpft. So israelfreundlich manche AfD-Politiker_innen auf den ersten Blick auch wirken mögen, es sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass Rechtspopulist_innen rassistische Haltungen vertreten. Diese richten sich im Kern immer auch gegen Jüd_innen und Juden.

Antisemitische Grundhaltungen

Die vom Thüringer AfD Chef Björn Höcke in seiner Dresdner Rede geforderte »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« steht für die geschichtsrevisionistische, die Shoah mindestens relativierende und stark antisemitische Strömung innerhalb der AfD und darüber hinaus. Im Wahlprogramm der AfD Mecklenburg-Vorpommern für die Landtagswahl 2016 wird unter dem Schlagwort von »Politik für das eigene Volk« nur eine Förderung der Heimatliebe gefordert. Am Tag nach der Dresdner Rede hieß der Vorsitzende (bei der AfD als »Sprecher« bezeichnet) und Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Leif-Erik Holm, Björn Höcke auf Twitter willkommen. Diese Positionierung Holms in Unterstützung von Höcke ist nur folgerichtig. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Sattering schrieb Holm z.B. bereits im Dezember 2014, dass Antisemitismus in Deutschland »nach Jahrzehnten wieder Konjunktur hat«, und zwar angeblich nur wegen muslimischer Einwanderer, wie er durchblicken lässt. Für Holm scheint also festzustehen, dass das Problem Antisemitismus über restriktive Einwanderungspolitik gelöst werden kann. Auch verurteilte die AfD Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 2014 mit einer Pressemitteilung den während des Gaza Krieges in der Gesellschaft offen zu Tage tretenden Antisemitismus. Der damalige Landessprecher und heutige Landtagsabgeordnete Holger Arppe sagte im Namen des Landesvorstands, dass sich »die jüdischen Bürger von MV der Solidarität (der AfD) gewiss sein (können).« Dies sind Beispiele, wie Antisemitismus im Rechtspopulismus auf ein Problem der Einwanderungsgesellschaft reduziert wird – zu antisemitischen Vorfällen, die der Mehrheitsgesellschaft zuzuschreiben sind, äußerte sich die AfD Mecklenburg-Vorpommern selbstverständlich nicht. Antisemitismus wird so instrumentalisiert, um rassistische Politik zu rechtfertigen. Da Teile der AfD gleichzeitig die oben beschriebene Veränderung der Erinnerungspolitik propagiert, ist sie mit ihren Positionen gleich mehrfach anschlussfähig für menschenfeindliche Haltungen des Mainstreams: Zum einen wird das Problem Antisemitismus »ausgelagert«, in dem es (vermeintlich) fremden Kulturen und Menschen zugeschrieben wird,

bedienen jene Teile der AfD mit der propagierten Notwendigkeit, mehr Nationalstolz zu initiieren, die weit verbreiteten »Schlussstrichdebatten«.

Einige Landtagsabgeordnete der AfD unterstützen dem entsprechend lautstark die Proteste gegen die Umbenennung der Greifswalder Universität (zur Umbenennung vgl. den Abschnitt über Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft). U.a. sprach sich Holger Arppe in öffentlichen Reden vehement für die Beibehaltung des Namens aus. Er bedauert das angeblich »völlig gestörte Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation und deren Geschichte.« Seine Aufforderung, »sich aus dem Schatten einer ausschließlich negativen Bewertung der deutschen Geschichte (zu) lösen« muss als antisemitisch eingestuft werden, da sie den Versuch darstellt, die Deutschen als die eigentlichen Opfer der post-Holocaust Geschichte zu zeichnen.

Immer wieder gibt es auch Hinweise zu Zusammenhängen von Teilen der AfD und der extremen Rechten. Als Beispiel sei hier auf Arppes über Facebook und in Vorträgen (z.B. bei einer Compact Veranstaltung in Schwerin) ausgedrückte Unterstützung für die Identitäre Bewegung hingewiesen sowie auf die Aktivitäten von Ralph Weber. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der AfD Landtagsfraktion, Juraprofessor an der Universität Greifswald, erschien mehrfach in Thor Steinar-Kleidung in der Universität, promovierte einen wegen Verharmlosung des Holocaust vorbestraften Mann und bot im Januar 2016 einem sog. »Reichsbürger« ein Podium in einer seiner Lehrveranstaltungen, so dass dieser geschichtsrevisionistische und antisemitische Hetze verbreiten konnte. Selbstverständlich sprach sich auch Weber gegen die Streichung des Namens des Antisemiten Ernst Moritz Arndt aus dem Namen der Greifswalder Universität aus.

Handlungsempfehlungen

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es zahlreiche, oftmals ehrenamtlich arbeitende Initiativen und Einzelpersonen, die Antisemitismus als Problem wahrnehmen und thematisieren. Gerade in den letzten Jahren fehlen der demokratischen Zivilgesellschaft jedoch Ressourcen, um Antisemitismus entgegen zu treten. Angesichts der vielen Übergriffe auf Geflüchtete und rechtspopulistischer Mobilisierungen brauchen Initiativen Ermutigung, außerdem finanzielle und/oder professionelle Unterstützung. Die folgenden Handlungsempfehlungen sind in Teilen nur dann realisierbar, wenn entsprechende Ressourcen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft geschaffen werden.

1. Es sollte ein Monitoring für Antisemitismus eingeführt werden. In die Erarbeitung entsprechender Konzepte sollten die jüdischen Gemeinden des Bundeslands einbezogen werden. Kriterien für die Erfassung antisemitischer Vorfälle müssen sich an zeitgenössischen Erscheinungsformen des Antisemitismus orientieren. Nur so kann ein realistisches Bild von Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt werden. Für all dies müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. So ist es bspw. unrealistisch zu erwarten, dass LOBBI e.V. diese Arbeit innerhalb der ihnen zur Verfügung stehenden Kapazitäten »nebenbei« leistet. Auch die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass dies nicht realistisch ist, da Opferberatungsstellen personell und finanziell hierfür nicht gut
-

genug ausgestattet werden. **Nur parallel zur systematischen Erfassung und Analyse antisemitischer Vorfälle können weiterführende, konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt werden.**

2. Wichtig für Mecklenburg-Vorpommern ist außerdem der klare Umgang mit Rechtsextremismus. Politik und Verwaltung sollten die demokratische Zivilgesellschaft dabei unterstützen, Antisemitismus im öffentlichen Raum einzudämmen. Die Verwaltung hat hier eine Verpflichtung und große Spielräume, insbesondere bezogen auf Auflagen für Demonstrationen und Mahnwachen, sowie in der Bearbeitung entsprechender Anzeigen. Auch sollten sich Politiker_innen demokratischen Protesten anschließen bzw. sich öffentlich positionieren. Übrigens verlangt die Treuepflicht von Verwaltungsbeamten_innen und politischen Repräsentant_innen des Staates nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts »mehr als nur eine formal korrekte, im Übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren.« (BverfG, 6.5.2009, 2 BvR 337/08). Und nach der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern sind solche Handlungen verfassungswidrig, »die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden (...) rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten.« (Art. 18a, Abs. 2).
 3. Eine schonungslose und kritische Bestandsaufnahme des Verhaltens der Polizei in diesem Zusammenhang ist sinnvoll, am wirksamsten wäre wahrscheinlich die Einführung einer Kennzeichnungspflicht. Immer wieder wird berichtet, dass die Polizei nicht einschreitet, wenn Rechtsextreme Auflagen nicht einhalten oder den Holocaust relativieren.
 4. Im Bereich der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus empfiehlt sich eine Auseinandersetzung mit den Implikationen vereinfachender, populistischer Aussagen. Der Populismus bezieht seine Kraft aus dem Suggestiven, aus Projektionsflächen und Grauzonen. Hier hilft nur, klarzustellen, was hinter den Aussagen steht und sie richtig zu stellen. Eine inhaltliche Vorbereitung ist in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus relativ einfach, denn sie unterscheidet sich nicht von der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus allgemein.
 5. In der Bildungsarbeit sollten die konkrete, im Idealfall regionalgeschichtliche Aufarbeitung der Tätergeschichte, sowie Biografien von Holocaust- Opfern im Vordergrund stehen. An vielen Orten gibt es zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich schon mit der Lokalgeschichte auseinandersetzen und die oftmals sehr kooperationsbereit sind gegenüber Schulen und Bildungseinrichtungen.
 6. Darüber hinaus ist es wichtig, die Anliegen der jüdischen Gemeinden zu unterstützen. Politiker_innen und auch die Zivilgesellschaft können hier aktiv den Kontakt suchen und gemeinsam mit den Gemeinden daran arbeiten, dass jüdisches Leben sichtbarer und selbstverständlicher wird.
-

Zum Weiterlesen

Benz, Wolfgang (2013): Was ist Antisemitismus?, in: Detzner, Milena/Drücker, Ansgar (Hg.): Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis, Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.

Klärner, Andreas (Hrsg.): Ausschluss und Feindschaft. Studien zu Antisemitismus und Rechtsextremismus, Berlin: Metropol-Verlag, 2011.

Krause D., Zick A., Küpper B. (Hg): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.; 2016.

Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), 2015.

»Läuft bei Dir?!« – Konzepte, Instrumente und Ansätze der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit. Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), 2015.

Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn.

Rensmann, Lars (2004): Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Schäuble, Barbara/Scheer, Albert (2007): Ich habe nichts gegen Juden, aber ... – Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit mit Antisemitismus. Hrsg.: Amadeu Antonio Stiftung, Berlin.

UNTERSTÜTZEN SIE PROJEKTE GEGEN ANTISEMITISMUS!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür unterstützt die Stiftung Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe, in kommunalen Netzwerken und vielen anderen Bereichen engagieren. Zu den bereits über 1.200 geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die antisemitische Vorfälle dokumentiert und Betroffenen Hilfestellung bei der Erstattung von Anzeigen bietet,
- das Festival »Jamel rockt den Förster«, das alljährlich in Mecklenburg-Vorpommern ein weithin sicht- und hörbares Zeichen gegen völkische, antisemitische und rassistische Umtriebe setzt,
- die **Aktionswochen gegen Antisemitismus**, an denen sich seit 2003 jährlich mehr als 170 Organisationen, Schulen, Jugendzentren und jüdische Gemeinden in über 90 Orten beteiligen.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird u.a. von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10



info@amadeu-antonio-stiftung.de
amadeu-antonio-stiftung.de
facebook/AmadeuAntonioStiftung
twitter.com/AmadeuAntonio



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.



Amadeu Antonio Stiftung
Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Alexandrinienplatz 7
19288 Ludwigslust
lola@amadeu-antonio-stiftung.de
www.lola-fuer-lulu.de